GBZ

GEWERKSCHAFTSBUND DES KANTONS ZUG

GBZ-Info Nr.27, November 1997

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Am 23. November wird im Kanton Zug über das neue Gesetz zu den Ladenöffnungszeiten abgestimmt. Gegen das neue Gesetz wurde unter anderem vom Gewerkschaftsbund das Referendum ergriffen. In den zwei Ferienmonaten Juli und August sind 3663 Unterschriften zustandegekommen (nötig wären 1500 gewesen). Die Leichtigkeit, wie diese Unterschriften zusammengekommen sind, zeigt, dass die Direktbetroffenen - Detaillisten und Verkaufspersonal - gegen eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sind. **Wenn es uns nun gelingt, all jene zur Urne zu mobilisieren, die gegen diese unsinnige Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sind, dann werden wir diese Abstimmung gewinnen.**

Für den GBZ ist dies eine der wichtigsten Auseinandersetzungen der letzten Jahren. Bereits im Mai 1995 haben wir in einer ersten Stellungnahme klar festgehalten: **Eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten darf nicht auf Kosten des Personals gehen**. Wir haben immer festgehalten, dass wir einer Verlängerung nur dann zustimmen werden, wenn diese mit gesamtarbeitsvertraglichen Bestimmungen geregelt wird. Die grossen Geschäfte, welche längere Oeffnungszeiten wollen, haben aber bis heute nicht reagiert. Sie wollen mehr Vorteile für sich, ohne etwas dafür zu geben.

Das Fass zum Ueberlaufen hat aber die FdP gebracht, die unbedingt eine Liberalisierung wollte und im Kantonsrat zwei Abendverkäufe und den Ladenschluss am Samstag um 19.00 Uhr durchboxte. **Gegen diese Rücksichtslosigkeit stimmen wir nun am 23. November mit einem klaren NEIN.**

Am 23. November brauchen wir die Unterstützung aller KollegInnen. Bitte geht zur Urne (oder stimmt per Post ab - aber richtig!) und sorgt dafür, dass dies auch Bekannte und Verwandte tun! Aus Solidarität mit dem Verkaufspersonal, jedoch auch im Interesse von uns allen, darf diese Abstimmung nicht verpasst werden.

Mit kollegialen Grüssen

Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Wichtige Daten zum Vormerken:

23. November 1997: Nein zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten

Das GBZ-Info geht an alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.

Pressemitteilung zur Gründung des Komitees. Erschienen in der Zuger Presse vom 24. Oktober und in der neuen Zuger Zeitung vom 24. Oktober 1997

Zuger Komitee gegen unsinnig lange Ladenöffnungszeiten gegründet

Aus dem Referendumskomitee gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten hat sich nun ein Abstimmungskomitee gebildet. Ziel des Komitees ist es, eine aktive Kampagne für die Abstimmung vom 23. November zu führen. Die Abstimmung kann gewonnen werden, wenn es gelingt, die Grundwelle der Ablehnung, die sich in der grossen Unterschriftenzahl für das Referendum wiedergespiegelt hat, aufrecht zu erhalten. In den zwei Ferienmonaten Juli und August sind 3663 Unterschriften zusammengekommen, nötig wären 1'500 Unterschriften gewesen.

Beim Unterschriftensammeln haben wir klar gespürt, dass viele Detaillisten und auch das Verkaufspersonal wissen, was mit der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten auf sie zukommt. Zwei Abendverkäufe bis 21.30 Uhr und Oeffnungszeiten am Samstag bis 19.00 Uhr würde die Präsenzzeit massiv erhöhen. Viele Kundinnen und Kunden sind sich bewusst, dass eine Verschlechetung der Arbeitsbedingungen für das Verkaufspersonal sich auf die Qualität der Bedienung auswirken wird. Die Ladenöffnungszeiten sind heute schon lange genug. Wir erinnern daran, dass es in Zug bereits zwei Abendverkäufe gibt, am Donnerstag in der Stadt Zug und am Freitag in Baar und Steinhausen. Zudem sind heute schon viele Geschäfte bereits am Montagmorgen offen.

Diese unsinnige Verlängerung der Ladenöffnungszeiten würde auf Kosten der Direktbetroffenen gehen. Befremdend ist es für uns, dass jene grossen Geschäfte, welche offenbar längere Oeffnungszeiten wollen, nicht bereit waren, dies mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals zu kompensieren.

Das Komitee wird in den nächsten Wochen in allen Zuger Gemeinden Flugblätteraktionen durchführen. Dabei wird es auch wichtig sein, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dazu zu animieren, an die Urne zu gehen. Da am 23. November voraussichtlich nur diese kantonale Abstimmung stattfinden wird, ist leider mit einer niedrigen Stimmbeteiligung zu rechnen.

Das Komitee wird koordiniert von Ruth Wyss (Kantonsrätin der Alternativen Fraktion/SGA) und Bruno Bollinger (Präsident Zuger Gewerkschaftsbund).

Mitglieder des Komitees sind: Jeanette Ackermann, Zug; Klaus Bilang, Oberägeri; Othmar Birri, Zug; Franz Felder, Neuheim; Trudi Fux, Baar; Hansjörg Glauser, Steinhausen; Juan Gonzalvez, Zug; Toni Gschwind, Menzingen; Anne Ithen, Rotkreuz; Toni Kleimann, Cham; Brigitte Landolt, Steinhausen; Madeleine Landolt, Zug; Judith Lerch, Cham; Nick Limacher, Baar; Pietro Panico, SMUV, Zug; Marianne Röllin, Menzingen; Sybilla Schmid, Baar; Claudia Steffen, Unterägeri; Vincenzo Stillavato, Zug.

Das Komitee wird unterstützt von folgenden Organisationen: Zuger Gewerkschaftsbund (GBZ), Christliche Gewerkschaftsvereinigung des Kantons Zug (CGVZ), Sozialdemokratische Partei (SP), Sozialistisch Grüne Alternative (SGA), Frische Brise Steinhausen, Gleis 3 Rotkreuz, Kritisches Forum Cham, Freie Wähler Neuheim

Um die Abstimmungskampagne gegen die unsinnige Verlängerung der Ladenöffnungszeiten vom 23. November vorzuspuren, hat der GBZ eine Inseratenkampagne durchgeführt (in Neue Zuger Zeitung, Zuger Presse und Zuger Woche).

Der Zuger Gewerkschaftsbund informiert:
Die von den Gewerkschaften erkämpften
Gesamtarbeitsverträge (GAV) garantieren
(z.B. im Bau)
den **Minimallohn** für alle.
Das möchten wir auch
für das Verkaufspersonal
erreichen.

Dafür brauchen wir aber Eure Unterstützung!

Bitte meldet Euch bei
SMUV/GBI/unia, Metallstr. 5, 6300 Zug
Tel. 711 04 20 oder 711 81 47

Der Zuger Gewerkschaftsbund informiert:
Die von den Gewerkschaften erkämpften
Gesamtarbeitsverträge (GAV) garantieren
den **13. Monatslohn** für alle.
Das möchten wir auch
für das Verkaufspersonal
erreichen.

Dafür brauchen wir aber Eure Unterstützung!

Bitte meldet Euch bei
SMUV/GBI/unia, Metallstr. 5, 6300 Zug
Tel. 711 04 20 oder 711 81 47

Der Zuger Gewerkschaftsbund informiert:
Die Gewerkschaften möchten die
Arbeitsbedingungen für das Verkaufspersonal
durch Gesamtarbeitsverträge (GAV)
besser schützen.
Insbesondere soll die **Arbeit auf Abruf**
besser geregelt werden.

Dafür brauchen wir aber Eure Unterstützung!

Bitte meldet Euch bei
SMUV/GBI/unia, Metallstr. 5, 6300 Zug
Tel. 711 04 20 oder 711 81 47

Zum Vorwurf des Zuger Gewerbeverbandes, die Gewerkschaften täten zuwenig, um Gesamtarbeitsverträge abzuschliessen, eine gemeinsame Stellungnahme vom Gewerkschaftsbund (GBZ) und der Christlichen Gewerkschaftsvereinigung des Kantons Zug (CGVZ). (Erschienen in nZZ vom 10.9.97 und ZP vom 19.9.97)

Ladenöffnungszeiten:

Ohne die Arbeitgeber können die Gewerkschaften keine Gesamtarbeitsverträge abschliessen

In seiner Stellungnahme gegen das Referendum gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten behauptet der Zuger Gewerbeverband, dass es nicht Sache des Ladenöffnungsgesetzes sei, den Arbeitnehmerschutz zu regulieren. Der Gewerbeverband macht zudem den Gewerkschaften den Vorwurf, sie täten besser daran, GAV's auszuhandeln, als die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten zu bekämpfen. Dazu möchten wir folgendes festhalten:

- Das Gesetz regelt den Arbeitnehmerschutz nur in ungenügendem Masse. Minimallöhne und 13. Monatslohn sind nicht garantiert; Ueberzeit, flexible Arbeitszeiten und Arbeit auf Abruf sind schlecht geregelt. In der Abstimmung vom 1. Dezember 1996 wurde denn auch eine von Arbeitgebern und bürgerlichen Parteien durchgeboxte Revision des Arbeitsgesetzes, welche massive Verschlechterungen des Arbeitnehmerschutzes gebracht hätte, deutlich abgelehnt.
- Die Gewerkschaften drängten in den Jahren der Hochkonjunktur nicht darauf, die gesetzlichen Regelungen zum Schutze der Lohnabhängigen auszubauen. Dies weil sie vor allem auf jene Sozialpartnerschaft vertrauten, wonach die Arbeitgeber bereit seien, mit den Gewerkschaften GAV's auszuhandeln. Da nun in den letzten Jahren immer mehr Arbeitgeber die GAV's aushöhlen oder abschaffen wollen, rächt sich das Fehlen des gesetzlichen Schutzes. Aus diesem Grund werden sich die Gewerkschaften in Zukunft vermehrt für eine Verbesserung des gesetzlichen Schutzes der Arbeitsbedingungen einsetzen.
- Die Gewerkschaften sind nur dann bereit einer Gesetzesliberalisierung zuzustimmen, wenn der damit abgebaute Arbeitnehmerschutz mit anderen Regulierungen kompensiert wird. Da das Gesetz über die Ladenöffnungszeiten indirekt die Arbeitszeit des Verkaufspersonals regelt, ist es klar, dass dieses Gesetz auch dem Arbeitnehmerschutz dient. Eine Verschlechterung des indirekten Arbeitnehmerschutzes, wie sie die vorliegende Verlängerung der Ladenöffnungszeiten mit sich bringen würde, müsste mit gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen wettgemacht werden.
- Darum haben die Zuger Gewerkschaften von Anfang an verlangt, dass die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten mit einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) abgegolten wird. Bis heute haben wir aber von den betreffenden Arbeitgebern überhaupt nichts gehört. Es scheint so, dass auch diese Arbeitgeber nur noch nehmen und nichts mehr geben wollen.
- Ohne die Arbeitgeber können aber die Gewerkschaften keine Gesamtarbeitsverträge abschliessen. GAV werden denn auch nicht nur mit einzelnen Arbeitgebern, sondern mit Arbeitgeberorganisationen abgeschlossen. Der Gewerbeverband als Dachorganisation der Arbeitgeber im Gewerbe müsste für deren Organisierung besorgt sein. Statt den Gewerkschaften Lektionen zu erteilen, täte der Zuger Gewerbeverband besser daran, die Arbeitgeber im Verkauf zu organisieren und sie zum Abschluss eines GAV's zu animieren.

Der Gewerbeverband und die Freisinnige Partei waren nicht bereit, auf einen akzeptablen Kompromiss einzugehen. Rücksichtslos haben sie im Kantonsrat nebst den zwei Sonntagen noch zwei Abendverkäufe und die Oeffnungszeit am Samstag bis 19.00 Uhr durchgesetzt. Das

ist von den Direktbetroffenen nicht akzeptiert worden. Das Referendum gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ist locker zustandegekommen. Viele Detaillisten und ihr Personal, wie auch das Verkaufspersonal einiger Grossverteiler haben einen entscheidenden Beitrag zum Zustandekommen des Referendums geleistet. Nun gilt es dafür zu sorgen, dass das Zuger Volk am 23. November 1997 eindeutig Nein zu dieser unsinnigen Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sagt.
Bruno Bollinger, Präsident Gewerkschaftsbund Zug (GBZ)
Nick Limacher, Präsident Christliche Gewerkschaftsvereinigung des Kantons Zug (CGVZ)

****

Am 1. Oktober fand zum sechsten mal der traditionelle GBZ-Apéro mit den Kollegen Regierungsräten Urs Birchler und Hanspeter Uster statt. Auch diesmal verpassten viele KollegInnen einen interessanten Abend! Als kleiner Trost der Bericht in der Neuen Zuger Zeitung vom 9. Oktober 1997.

Gewerkschaftsbund: *Apéro mit zwei Regierungsräten*

Des Volkes Rückenwind fürs «Büro Gegenwind»

Zum fünften Mal lud am letzten Mittwochabend der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) zum Apéro und Gespräch mit den Kollegen Regierungsräten Urs Birchler (SP) und Hanspeter Uster (SGA). Ort des Geschehens war das der Anzahl erschienener Personen angemessene «Büro Gegenwind».

In einem eher intimen Rahmen setzte man sich dieses Jahr an den Konferenztisch, um mal wieder eine Bilanz über das politische Geschehen zu ziehen. Veranstalter und Gesprächsleiter Bruno Bolliger, Präsident des GBZ, begrüsste die etwa zehn Anwesenden und natürlich speziell die beiden Regierungsräte, deren Aufgabe darin bestand, erstens eine Bilanz ihrer momentanen politischen Tätigkeiten zu präsentieren, und zweitens Stellung zum vergangenen und zum kommenden Abstimmungswochenende zu nehmen.

Abstimmungsfreude

Man zeigte zwar keine ausgelassene Feststimmung, aber trotzdem merkte man allen Beteiligten die Freude am Abstimmungsresultat des vergangenen Wochenendes an, denn wann hatte es das schon gegeben, dass gleich sämtliche Vorlagen in ihrem Sinne entschieden wurden. Und auf die erneuten Ungereimtheiten in der Stimmauszählung angesprochen, konnte Hanspeter Uster den aktuellen Beschluss der Regierung darlegen, welcher besagt, dass keine Ungültigkeit des Wahlganges vorliege.

Dann widmete man sich gemeinsam der anstehenden Abstimmung über die Ladenöffnungszeiten und den jeweiligen Auswirkungen sowohl auf die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer und diskutierte geeignete Lösungsvorschläge und Kompromisse.

Die ewige Spitalfrage

Nun kam die Reihe an Urs Birchler. Er griff aus seinem Ressort die schon altbekannte Spitälfrage heraus. So steht etwa aktuell im Raum, ob der Liebfrauenhof die Chamer Klinik übernehmen wird, was laut Regierung die Aufnahme der Klinik in Cham in die Spitalliste ermöglichen würde, da dies ja keine «zusätzliche» Klinik wäre. Ferner erläuterte der Regierungsrat die Situation in der Alterspflege, sprich der Alters- und Pflegeheime.

Arbeitslosenmassnahmen

Die Frage der Arbeitslosenmassnahmen entwickelte sich nicht zuletzt wegen der Anwesenheit einiger Verantwortlicher des Zuger Arbeitslosen-Treffs (Zalt) und Direktbetroffener zum angeregten Gespräch und sprengte somit den angesetzten Zeitrahmen der Veranstaltung etwas. Das störte jedoch niemanden, denn man hatte erreicht, was geplant war: Information und Meinungsaustausch.

MANUEL GÜBELI

Eine klare Stellungnahme zu den immer frecheren Angriffe der Arbeitgeber (aus der neuen Zuger Zeitung vom 9. Oktober 1997)

Letzten Mittwoch führte die Gewerkschaft Bau & Industrie auf der Baustelle des Armeeausbildungszentrums Allmend in Luzern eine Aktion gegen die Baumeisterposition in den Verhandlungen über einen neuen Landesmantelvertrag durch. *BILD NLZ*

Mit grösster Genugtuung haben wir den Kommentar «Eiszeit» von Redaktor Reto Schlatter am 1. Oktober gelesen. Es ist doch bezeichnend, dass selbst eine Zeitung, die nun wirklich keiner Sympathien für unsere Organisationen verdächtigt werden kann, derart Klartext spricht.

Völlig zutreffend bezeichnet Redaktor Schlatter die jüngsten rechtsbürgerlichen Attacken (Abbruch der Arbeitsgesetz-Verhandlungen zuerst durch den Gewerbe- und nachher auch durch den Arbeitgeberverband einerseits und anderseits die «Unterbrechung» der Verhandlungen in der Bauwirtschaft) als Ursache eines «sprengstoffgeladenen Klimas, das dem sozialen Frieden in diesem Land schwer schadet». Wir fügen bloss bei: Was sich Baumeister-, Gewerbe- und Arbeitgeberverband derzeit leisten, ist schlichtweg Klassenkampf von oben in Reinkultur. Es ist der vollendete Versuch, Öl ins eh lodernde Feuer zu giessen und das verwerfliche Geschäft mit der Angst zu betreiben, konkret: die Arbeitnehmerschaft einschüchtern und so entzweien zu wollen.

Das ist unbedingt vor dem Hintergrund zweier durch sie verlorener Abstimmungen zu sehen, wie Schlatter ebenfalls richtigerweise bemerkt: Die soziale Allianz aus Gewerkschaften, christlich engagierten Kreisen und der sozial gesinnten politischen Mitte hat nach ihrem haushohen Sieg vom 1. Dezember 1996 über das unsoziale Nacht- und Sonntagsarbeitsgesetz am letzten Sonntag (28. September) auch ihre zweite Bewährungsprobe bestanden; wenn auch nicht mehr so deutlich wie zehn Monate zuvor – dafür allerdings um so unerwarteter!

Beide Abstimmungsresultate sind historische Signale. Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer hat die Nase voll von den rechtsbürgerlichen Hardlinern, die sich einen Deut um die gesellschaftlichen Realitäten scheren. Sie waren es, die seinerzeit die Bereitschaft der Gewerkschaften bei der Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes kaltschnäuzig verhöhnt und sogar den Bundesrat desavouiert und mit ihren parlamentarischen Mehrheiten im Bundeshaus massive Verschlechterungen durchgeboxt hatten. Und bei der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung haben sie zum fünftenmal seit dem 1. April 1993 Verschlechterungen zu Lasten der Taggeld-Bezüger ohne jegliche Kompensation beschlossen; auch dieses überladene Fuder ist inzwischen verdienterweise gekippt.

Wie trötzelnde Kinder präsentieren sich Baumeister-, Gewerbe- und Arbeitgeberverband nun als schlechte Verlierer. Wenigstens der Arbeitgeberverband der Schweizer Maschinenindustrie (ASM), der bald ebenfalls in Vertragsverhandlungen steht, hat es jetzt in der Hand, Zeichen der sozialpartnerschaftlichen Kultur auszusenden und weitere Eskalationen zu vermeiden. Reiht sich in den nächsten Wochen auch er in die Gilde der begossenen Pudel ein, so bildet die Arbeitgeberseite endgültig ein Bild des Jammers. Das ist – zugegebenermassen – nicht das Problem der Gewerkschaften. Aber unser Problem als Gewerkschaftssekretäre könnte es sehr bald werden, unseren Mitgliedern klarzumachen, dass Kampfmassnahmen für uns stets das allerletzte Mittel sind, um derart dreiste Frontalangriffe auf die Sozialpartnerschaft zu parieren. Wir können längst nicht mehr dafür garantieren, dass uns dies gelingen wird – unsere Basismitglieder sind geladen!

***ERWIN SCHACHER**, REGIONALSEKRETÄR DER GEWERKSCHAFT SMUV, LUZERN; **GIORGIO PARDINI**, REGIONALSEKRETÄR DER GEWERKSCHAFT BAU & INDUSTRIE, LUZERN*

„Es gibt zwei Möglichkeiten, auf die Krise zu reagieren: Entweder man reduziert die Köpfe, oder man reduziert die Arbeitszeiten." Dies sagte sich Guido Käppeli, der grösste Bauunternehmer der Innerschweiz, spannte mit den Gewerkschaften zusammen (allen voran mit der GBI) und arbeitete ein Arbeitszeitverkürzungsmodell aus. Ein Bericht aus der neuen Luzerner Zeitung vom 24. Oktober 1997

Schwyz: *Käppeli Holding AG, Kiga und Gewerkschaft GBI mit gemeinsamem Pilotprojekt*

Lieber «teilzeiteln» als stempeln

23

Um das erwartete schwierige Jahr 1998 überbrücken zu können, hat die Käppeli-Baugruppe das Modell «ArbeitPlus» entwickelt, das nun landesweit als Pilotprojekt umgesetzt wird. Die gesamte Belegschaft von 362 Personen arbeitet bis zu 20% weniger, die Lohnausfälle decken alle Partner gemeinsam.

In der Bauwirtschaft kriselt es nach wie vor. Auch für 1998 erwartet die Branche nochmals ein schwieriges Jahr. «Wir erwarten einen weiteren Rückgang der Nachfrage und damit einen weiteren Beschäftigungsrückgang», bestätigte Bauunternehmer Guido Käppeli aus Schwyz. Statt darauf aber mit Entlassungen zu reagieren, statt die Kapazitäten abzubauen oder zu fusionieren, hat er ein Projekt entwickelt, das nun als Neuheit umgesetzt werden kann. «Es geht darum, die knappere Arbeit auf alle zu verteilen, so dass zwar alle etwas weniger Arbeit haben und damit auch weniger Verdienst, dafür aber die Stellen erhalten bleiben», fasste er zusammen.

Einbusse auf alle verteilen

Konkret sieht das so aus, dass alle Angestellten nächstes Jahr bis zu 20% weniger arbeiten werden. Vom Lohnausfall in der gleichen Höhe übernimmt die Arbeitgeberin 5%, die Arbeitslosenversicherung 10% und der Arbeitnehmer die restlichen 5%. Die Arbeitslosenkasse konnte das Projekt unterstützen, weil solche Versuchsmodelle nach Gesetz neu möglich sind und weil man lieber einer ganzen Belegschaft 10% Lohnausfall vergütet, als dass man 70 neue Ganzarbeitslose unterstützen muss.

Keine Entlassungen

Käppeli fand sowohl beim kantonalen Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Kiga) wie auch bei den Gewerkschaften (GBI/CHB) und vor allem auch beim eigenen Personal Unterstützung für das Projekt. Die Käppeli-Gruppe sichert zu, dass bei dieser Arbeitszeitreduktion nächstes Jahr keine Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen erfolgen werden. «Sollten sich irgendwo Härtefälle ergeben, werden wir diese individuell regeln», versprach Käppeli.

An Aufschwung glauben

Der Gefahr, dass man damit allenfalls Strukturerhaltung betreiben könnte, sind sich alle drei Partner bewusst. Doch schätzen sie vorderhand die Situation noch anders ein. Die Käppeli-Holding glaubt, dass die Bauwirtschaft nicht mehr wesentlich weiter schrumpfen wird. Gerade der Bereich Unterhalt und Substanzerhaltung werde in den nächsten Jahren grosse Investitionen auslösen. Von Grossprojekten in der Region, wie dem A 4-Ausbau, dem Axen-Tunnel oder der Neat, gar nicht zu reden. Auch sei keinerlei Option für eine Weiterführung dieses Projektes vorhanden. «Es gibt weder Zusagen noch Absichten für das Jahr 1999», betonte Käppeli. Alles werde zudem sehr von den Erfahrungen abhängen, die man in diesem Pilotjahr machen werde. Das Biga wird das Modell durch eine Begleitgruppe beobachten und die Resultate auswerten, um dieses System allenfalls in anderen Branchen anwenden zu können.

Denkbar ist auch, dass die Käppeli-Gruppe diese Arbeitszeitreduktion gar nicht im geplanten Ausmass durchziehen muss. Eine Hochrechnung zeigt, dass die Käppeli-Holding und das Personal je etwa geschätzte 1,5 Mio. Fr. Einbusse tragen werden, die Arbeitslosenversicherung rund 3 Mio. Fr.

JOSIAS CLAVADETSCHER

ARBEITSZEIT

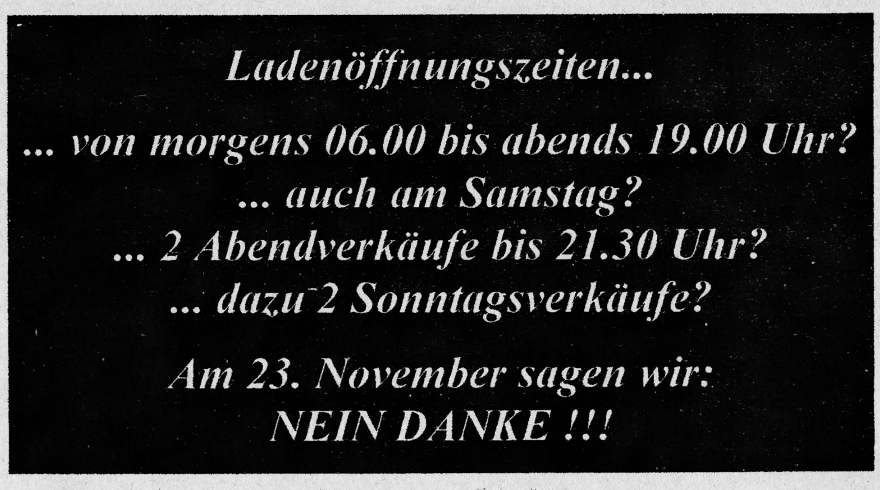
Eine grosse Mehrheit der Schweizer Beschäftigten befürworten eine Reduktion der Arbeitszeit auf 37 Wochenstunden. Eine Mehrheit ist auch bereit, dafür eine Lohnreduktion in Kauf zu nehmen. Dies hat eine gestern veröffentlichte repräsentative Umfrage des Nachrichtenmagazins «Facts» ergeben. Das Institut für Marktanalysen (IHA) in Hergiswil befragte in der vergangenen Woche 600 Vollzeiterwerbstätige (=Arbeitspensum von 90 und mehr Prozent) in der Deutschschweiz und der Westschweiz. 59% wollen die 37-Stunden-Woche. 44% der Befragten befürworten die Arbeitszeitverkürzung vorbehaltlos – 15 Prozent unter gewissen Bedingungen. Auffällig ist die grössere Zustimmung zu einer 37-Stunden-Woche bei den voll erwerbstätigen Frauen (66%). Immerhin 57% der Männer wünschen sich mehr Freizeit.

Schlechte Arbeitsbedingungen für das Verkaufspersonal - ein Beispiel

Folgendes Beispiel schildert die Arbeitsbedingungen einer Verkäuferin bei einem Grossverteiler im Kanton Zug. Aus naheliegenden Gründen können wir keine näheren Angaben zur Person und zum Geschäft machen.

„Nachdem ich 12 Jahre im Monatslohn hier gearbeitet habe, wurde ich wie alle anderen Teilzeitbeschäftigten in den Stundenlohn gesetzt. Wir konnten Ja sagen oder die Stelle verlieren. Stundenlohn heisst nun für uns: Keine Bezahlung bei Krankheit bis 3 Tage, keine Bezahlung z.B. bei einem Todesfall in der Familie, keine bezahlten Ferien, d.h. ein kleines Feriengeld (ca. 2.- Fr.) ist im Stundenlohn enthalten, dies bedeutet, dass ich, wenn ich weniger Stunden arbeite, auch weniger Feriengeld bekomme.

Noch schlimmer ist das Arbeiten auf Abruf. Es gibt keine fixen Tage von Montag bis Samstag. Zwar wird ein Wochenplan erstellt, den wir in der Woche davor erhalten, aber der kann sich stündlich ändern. Ich habe dann zwar das Recht Nein zu sagen, aber das ist halt so eine Sache! So ist es mir schon passiert, dass ich eines Morgens einen Anruf erhielt, einzuspringen. Ich warf die Pläne für diesen Tag über den Haufen und machte mich für die Arbeit zurecht. Nach einer guten Stunde war ich dort jedoch wieder überflüssig und konnte/musste nach Hause gehen. Der Tag war gelaufen! Ein weiterer Nachteil ist das unregelmässige Einkommen. Und nicht zuletzt fühle ich mich irgendwie erniedrigt."

Solche Arbeitsbedingungen sind im Verkauf gerade bei Grossverteilern keine Ausnahme. Eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten würde die Bedingungen für das Personal noch mehr verschlechtern. Darum haben die Gewerkschaften immer verlangt, dass eine Liberalisierung der Oeffnungszeiten mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen kompensiert werden muss. Die Geschäfte waren dazu aber nicht bereit. Darum sagen wir am 23. November Nein zu diesen unsinnig langen Ladenöffnungszeiten, weil dies auf Kosten des Verkaufspersonals geht.

Nein zu unsinnig langen Ladenöffnungszeiten - denn diese verschlechtern die Arbeitsbedingungen des Verkaufpersonals!